

## Nicht mehr willkommen

Thailands Außenminister Kasit Piromya hat angekündigt, dass seine Regierung plane, eine unbestimmte Anzahl burmesischer Flüchtlinge zu repatriieren, irgendwann nach der Wahl in Burma im November 2010. Jedoch bieten die Wahlen kaum Hoffnung auf positive Veränderungen für die Bevölkerung.

Aus dem thailändischem Außenministerium hieß es, dass Kasits Bemerkungen falsch interpretiert wurden. Weiter hieß es, dass Asylsuchende nicht zurückgeschickt werden, bevor »die Situation in ihrem Land es nicht zulässt«. Diese Versicherungen beruhigen die

burmesischen Flüchtlinge allerdings nicht. Die thailändischen Behörden haben in den letzten Jahren Deportationen trotz des Widerstandes von Menschenrechtsgruppen oder internationaler Mächte durchgeführt.

Aufgrund neuer Anschläge vom 8. November durch Rebellen der *Democratic Karen Buddhist Army* (DKBA) auf Staatseigentum in Myawaddy und Payathonzu sind weitere Flüchtlingsströme zu verzeichnen. Derzeit wird die Anzahl der Flüchtlinge auf etwa 17.000 geschätzt.

vgl.: Economist, 15.10.2010

## Kritik wegen Wahlbeobachtern

Burma erntete internationale Kritik für seine Entscheidung, dass ausländische Diplomaten und Reporter nicht einreisen durften, um die Wahl vom 7. November 2010 zu beobachten. Bei den Vereinten Nationen antwortete ein Sprecher Ban Ki-moons auf Fragen zu dieser Entscheidung, dass der Generalsekretär die burmesischen Führer sehr deutlich gedrängt hat, transparente Wahlen sicherzustellen.

Der Sprecher des US State Departments in Washington, P.J. Crowley, meinte, die Entscheidung Burmas sei, angesichts des vorher-

gehenden Verhaltens der Junta, »unglücklich, aber nicht überraschend«. Crowley sagte außerdem, die Entscheidung, ausländische Beobachter nicht ins Land zu lassen, passe zum Kurs.

Die burmesische Wahlkommission stellte ausländischen Diplomaten oder Reportern, die Burma wegen der Wahlen besuchen wollten, keine Visa aus. Die Kommission sagte, es seien bereits genügend Diplomaten und Reporter im Land, um die erste Wahl seit 20 Jahren zu beobachten.

vgl.: Voice of America, 19.10.2010

## Wahlergebnis

Kritiker bezeichnen den Urnengang vom 7. November als Charade, um den Status Quo zu erhalten – Militärregierung in zivilen Kleidern. Der Kampagnenpfad ist bereits gut ausgetreten von den schweren Stiefeln des Militärs. Frühere Soldaten treiben ihre Kandidatur vorwärts. Zwei Parteien vollgepackt mit pensionierten Generälen und amtierenden Ministern: Kaum überraschend war das Wahlergebnis. Den höchsten

Stimmenanteil erzielten die Junta-nahen Parteien. So konnte die Union Solidarity and Development Party (USDP) mit einem Gewinnanteil 76,5 Prozent drei Viertel aller Sitze einstreichen. Mit nur 63 von 1.154 Sitzen, jedoch an zweiter Stelle, folgte die ebenfalls mit der Junta verbundene National Unity Party (NUP).

vgl.: The Irrawaddy, 22.10., 1.11.; Burmanet, 17.11.2010

## Tourismusdebatte

Eine neue Kampagne, die Werbung für Burma und drei weitere Länder als Urlaubsdestination macht, hat wieder die Debatte angefangen, ob es ethisch vertretbar ist, in das militärregierte südostasiatische Land zu reisen. Die Tourismusminister von Vietnam, Laos, Kambodscha und Burma haben die Kampagne »Vier Länder: eine Destination« auf einer internationalen Reiseausstellung in Ho Chi Minh Stadt Anfang Oktober 2010 angekündigt. Sie wollen die Transportverbindungen zwischen ihren Hauptattraktionen verbessern. Die Initiative soll helfen, mit populären Urlaubszielen wie Thailand oder China zu konkurrieren.

Aber Reisen nach Burma bleiben kontrovers. Aung San Suu Kyi argumentiert, dass der Tourismus nur die Taschen des Militärs füllt und ruft deshalb zu einem Reiseboykott auf. Die Junta wurde außerdem beschuldigt, beim Bau von Hotels auf Zwangsarbeit zurückzugreifen.

Viele Beobachter sehen das anders. Die »Free Burma Coalition« hat ihre Position revidiert. Dr. Maung Zarni befürwortet den Tourismus. »Ich weiß, dass es gegen die Ansichten derjenigen ist, die für Sanktionen sind, aber ich würde mir wünschen, dass mehr Menschen hinreisen.« Trotzdem sollte der Tourismus wenn möglich Einrichtungen vermeiden, die vom Militär betrieben werden. Die meisten fünf-Sterne Hotels seien Joint-Ventures mit der Regierung.

vgl.: Democratic Voice of Burma, 15.10.2010

## Aung San Suu Kyi frei

Am 13.11.2010 entließ die Militärregierung Aung San Suu Kyi aus ihrem Hausarrest. Die 65-jährige Friedensnobelpreisträgerin hatte insgesamt 15 der vergangenen 21 Jahre in Gefangenschaft verbracht, die meiste Zeit davon stand sie unter Hausarrest. Die letzten sieben Jahre verbrachte sie unter Arrest in ihrem eigenen Haus in Rangun.

vgl. Burmanet, 15.11. 2010; BP 13.11.

burma

nachrichten